

Armin Capaul hat mit seiner Hornkuh-Initiative einen Achtungserfolg erzielt **SEITE 12**

Paul Wolfisberg und seine «Hottentotten-Reise» brachten die Fussballer auch nicht an die WM **SEITE 14**

# Die SVP spricht das Bauchgefühl nicht an

Die Selbstbestimmungsinitiative scheitert klar, weil sie abstrakt klingt und keine Lösung für konkrete Probleme aufzeigen kann

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP sollte die direkte Demokratie in der Schweiz retten. Das war das Kernversprechen der Initianten. Die direkte Demokratie selbst hat nun dem Vorstoss eine klare Abfuhr erteilt. Rund zwei Drittel der Stimmbürger lehnten die Initiative ab, und in allen Kantonen gab es Nein-Mehrheiten. Die Zustimmung lag mit knapp 34 Prozent nur wenig über dem Wähleranteil der SVP von gut 29 Prozent in den letzten Nationalratswahlen von 2015.

Das Ergebnis war deutlicher, als manche Akteure vor Beginn des Abstimmungskampfs prognostiziert hatten. Wie so viele Volksinitiativen hatte auch dieser Vorstoss einen Ausgangspunkt, der auf

## Klare Abfuhr für radikale Scheinlösung

Kommentar auf Seite 9

den ersten Blick sympathisch erschien: Es kann doch nicht sein, dass der Bund internationale Verträge abschliesst, die der Bundesverfassung widersprechen. Was bei Widersprüchen zwischen solchen Verträgen (genannt «Völkerrecht») und der Verfassung passiert, ist derzeit nicht klar geregelt, sondern wird quasi im Einzelfall durch die Gerichte bzw. das Parlament entschieden.

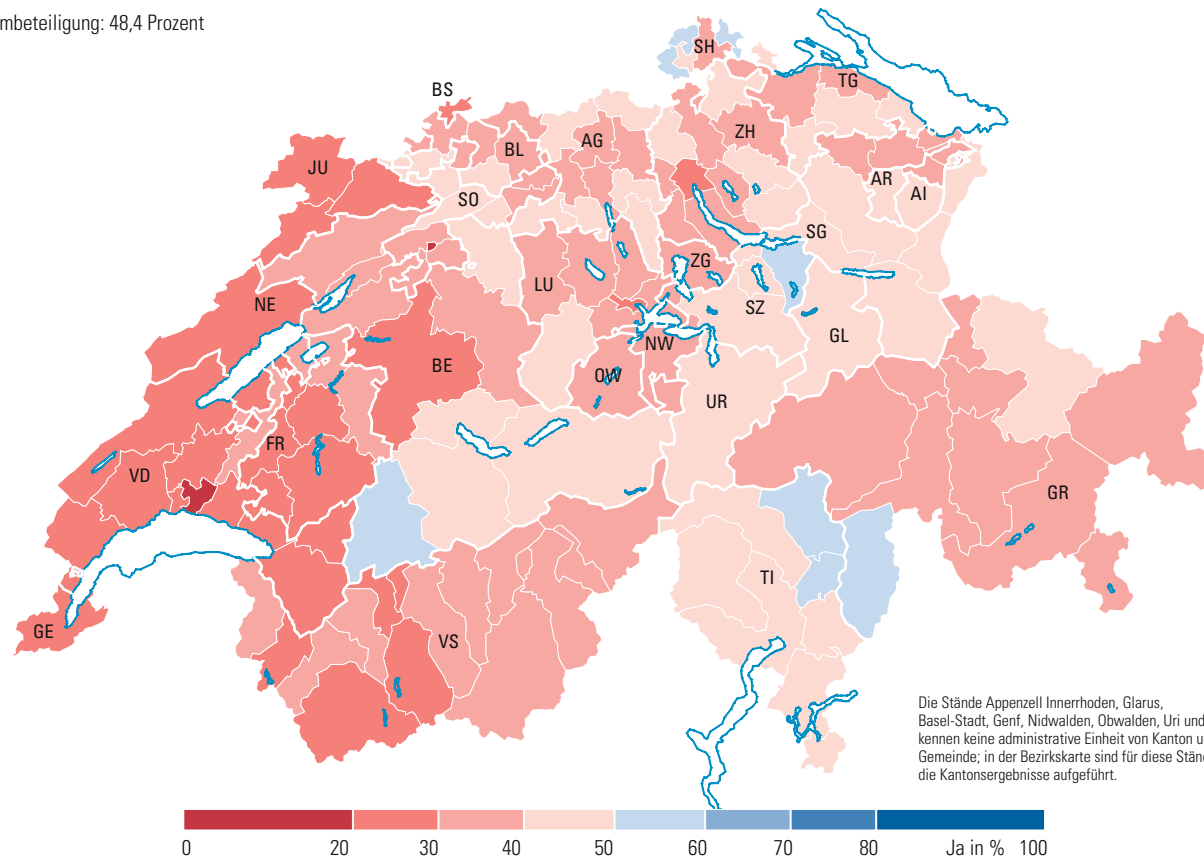
## Die zwei grossen Hypothesen

Die Initiative dürfte vor allem wegen zweier Hypothesen gescheitert sein. Zum ersten offerierte sie keine saubere Lösung, die aus Sicht einer breiten Bevölkerung einen Mehrwert versprochen hätte. So war überhaupt nicht nachvollziehbar, inwiefern der Vorstoss mehr «Selbstbestimmung» für die Schweiz gebracht hätte. Hinzu kamen grosse Rechtsunsicherheiten. Was wäre zum Beispiel in einem Regime der Selbstbestimmungsinitiative passiert, wenn das Volk im September die Agrar-Initiativen angenommen hätte, die im Widerspruch zu handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz standen? Laut Selbstbestimmungsinitiative wären in einem solchen Fall die betroffenen Verträge «nötigenfalls» zu kündigen – doch was «nötigenfalls» konkret heisst, blieb unklar.

Solche Unklarheiten erlaubten es den Initianten zwar zu behaupten, dass wegen ihres Vorstosses die Schweiz keinen einzigen internationalen Vertrag kündigen müsste. Doch die Gegner

## Selbstbestimmungsinitiative

Stimmbeteiligung: 48,4 Prozent



QUELLE: ABSTIMMUNGSSTATISTIK, BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BFS) / KARTENGRUNDLAGE: THEMAMART, BFS

NZZ-Infografik/jok

Kantone	Ja	Ja %	Nein %	Bet. %	Kantone	Ja	Ja %	Nein %	Bet. %	Kantone	Ja	Ja %	Nein %	Bet. %
Zürich	152 627	32,0	67,9	51,7	Freiburg	24 064	27,4	72,6	44,0	Aargau	74 521	38,0	62,0	46,4
Bern	122 225	34,5	65,5	48,5	Solothurn	29 426	35,0	65,0	46,9	Thurgau	32 690	40,9	59,1	47,4
Luzern	46 169	33,1	66,9	51,1	Basel-Stadt	17 237	27,5	72,5	55,9	Tessin	45 161	46,1	53,9	45,3
Uri	5 042	42,5	57,5	45,1	Basel-Landschaft	32 715	36,7	63,3	48,2	Waadt	46 192	23,4	76,6	44,9
Schwyz	25 605	47,1	52,9	52,1	Schaffhausen	14 090	43,0	57,0	66,8	Wallis	36 399	32,4	67,6	51,7
Obwalden	5 617	39,3	60,7	54,7	Appenzell A.-Rh.	7 601	37,7	62,4	52,1	Neuenburg	10 383	22,6	77,4	41,6
Nidwalden	6 591	39,9	60,1	53,5	Appenzell I.-Rh.	2 565	47,0	53,0	47,1	Genf	28 316	24,7	75,3	44,1
Glarus	5 112	44,5	55,5	43,8	St. Gallen	60 607	39,1	60,9	48,2	Jura	5 200	24,5	75,5	41,5
Zug	13 980	34,4	65,4	53,2	Graubünden	22 668	35,0	65,0	47,5	Schweiz	872 803	33,8	66,3	48,4

konnten gleichzeitig den Teufel an die Wand malen – in Form einer Schweiz, die sich künftig um die Einhaltung internationaler Verträge fountiere und deshalb kein glaubwürdiger Vertragspartner mehr sein könne. Dies war der Humus für eine gegnerische Allianz, die von Menschenrechtsaktivisten bis zu den grossen Wirtschaftsverbänden reichte.

Eine solche breite gegnerische Allianz gab es auch bei der SVP-Durchsetzungsinitiative, die 2016 an der Urne tauchte. Jener Vorstoss hatte Befürworter und Gegner stark mobilisiert und eine Stimmbeteiligung von fast 64 Prozent erreicht; die Selbstbestimmungsinitiative brachte es auf relativ bescheidene 48 Prozent.

Dieser Zahlenvergleich mag die zweite grosse Hypothek der Initiative illustrieren: Sie blieb im Abstrakten und sprach deshalb stärker den Kopf der Stimmbürger an als deren Bauchgefühle. Die Urheber von Volksinitiativen punkten in der Regel dann am ehesten beim Volk, wenn sie auf das Bauchgefühl abzielen – zum Beispiel mit Kampagnen gegen Ausländer, «Abzocker» oder Kriminelle. Die Debatte um die Selbstbestimmungsinitiative sei bei institutionellen Fragen verharrt und nicht ausgebrochen in konkrete Fragen um Einwanderung und Sicherheit, sagt der Politologe Lukas Golder vom Forschungsinstitut GfS in Bern.

Golder betont, dass auch andere rechte Volksinitiativen über abstrakte

Spielregeln an der Urne klar gescheitert seien. So lehnten 2012 rund 75 Prozent der Urnengänger die Initiative «Staatsverträge vors Volk» ab. Und die SVP-Initiative zur Volkswahl des Bundesrats tauchte 2013 ebenso deutlich mit 76 Prozent Nein-Stimmen.

Das Urnenverdict von diesem Sonntag zog die üblichen Reaktionen nach sich. Die Sieger lobten die Weisheit des Volks und kritisierten die Argumentation der Gegenseite. Die Verlierer übten sich im Schönreden ihrer Schlappe und kritisierten die Kampagne der Gewinner. Das Thema internationale Verpflichtungen der Schweiz wird jedenfalls auf der Politik-Agenda bleiben. Dafür sorgen nur schon die laufende

Kontroverse um den Uno-Migrationspakt, die Verhandlungen Schweiz - EU um einen Rahmenvertrag und die kommende SVP-Kündigungsinitiative zur Personenfreizügigkeit.

## «Keine starren Regeln»

Doch soll es in der abstrakten Frage des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und Landesrecht bei den derzeitigen Unklarheiten bleiben, oder gibt es doch Handlungsbedarf? Justizministerin Simonetta Sommaruga deutete am Sonntag in ihrer Interpretation des Abstimmungsergebnisses an, dass sie keinen Handlungsbedarf ortet: Die Bevölkerung wolle «keine starren Regeln» bei Problemen mit internationalen Verträgen, sondern Lösungen im Einzelfall durch die Behörden und Gerichte.

«Es braucht keine zusätzlichen generell-abstrakten Regeln in der Bundesverfassung», sagt auch der Berner SP-Ständerat Hans Stöckli, Co-Präsident des Nein-Komitees zur Selbstbestimmungsinitiative, dem gut 150 Bundesparlamentarier angehörten. Unzufrieden mit dem Status quo ist dagegen FDP-Ständerat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden). Er hatte im Ständerat einen Gegenvorschlag zur Selbstbestimmungsinitiative ins Spiel gebracht. Laut jenem Vorschlag wäre bei einem Konflikt der Bundesverfassung mit dem Völkerrecht das Völkerrecht übergeordnet gewesen – ausser der massgebende Verfassungstext hätte ausdrücklich den Bruch mit dem Völkerrecht verankert, womit das Volk diesen Bruch bewusst in Kauf genommen hätte.

## Mehr Klarheit vor Urnengängen

Caroni findet die Idee nach wie vor verlockend, doch er wolle das Thema nun nicht kurz nach dem Urnengang schon wieder aufs Tapet bringen. Bei einer solchen Regel wäre laut Caroni bei der Einwanderungsinitiative schon vor der Abstimmung klar gewesen, dass das Abkommen mit der EU zur Personenfreizügigkeit nicht zu kündigen sei, da der Initiativtext den Bruch mit dem Völkerrecht nicht ausdrücklich vorsah.

Hans Stöckli sieht die Lösung dagegen in der Formulierung künftiger Volksinitiativen: «Bei völkerrechtswidrigen Initiativen sollten die Urheber jeweils klarmachen, ob sie die betroffenen Verträge kündigen wollen.» Diese Klarheit hat die SVP bei ihrer nächsten Initiative geschaffen – der Kündigungsinitiative in Sachen Personenfreizügigkeit. Das Volk wird auch darüber in aller Selbstbestimmung befinden können.

# «Wir werden den Gewinnern nun genau auf die Finger schauen»

SVP-Präsident Albert Rösti anerkennt die Niederlage seiner Partei – seinen Gegnern wirft er vor, eine Verunsicherungskampagne geführt zu haben

Herr Rösti, die Stimmbewölkerung hat die Selbstbestimmungsinitiative ihrer Partei überraschend deutlich abgelehnt. Spürt die Schweizerische Volkspartei das Volk nicht mehr?

Im Gegenteil, wir haben das Volk gut gespürt. Immerhin haben wir mit der Selbstbestimmungsinitiative eine Diskussion über die direkte Demokratie lanciert, und sie wurde im Abstimmungskampf auch sehr intensiv geführt. Auch die Gegner haben plötzlich versprochen, zur direkten Demokratie Sorge zu tragen. Wir werden sie daran messen.

Das ist nun aber etwas gar schönfärbisch. Tatsache ist, dass die SVP nicht über ihren eigenen Wähleranteil hinaus

mobilisieren konnte, trotz einer brav anmutenden Kampagne ganz ohne Partei-Logo. Was haben Sie falsch gemacht?

Die Gegnerschaft der Selbstbestimmungsinitiative war massiv, wir hatten alle gegen uns, von den Gewerkschaften über die Wirtschaft bis hin zu den übrigen Parteien. Und auch die Kampagne selbst war massiv, eine Verunsicherungskampagne. Trotzdem ist es uns gelungen, die Bedeutung der direkten Demokratie hochzuhalten.

Sie haben also nichts falsch gemacht? Natürlich ist dieses Nein zur Selbstbestimmungsinitiative eine Niederlage, das anerkenne ich. Nur: Wir haben vielleicht eine Schlacht verloren, aber mit Sicherheit nicht den Kampf um Unab-



Albert Rösti  
SVP-Parteipräsident

hängigkeit. Wir werden jetzt den Gewinnern dieser Abstimmung genau auf die Finger schauen und kontrollieren, ob sie etwa beim Migrationspakt Wort halten. Dass der Bundesrat diesen Pakt nun nicht einfach unterschreibt, ist vor allem unser Verdienst. Hätten wir mit der Selbstbestimmungsinitiative nicht ganz

grundsätzliche Diskussionen lanciert, dann wäre dieser Pakt einfach unterschrieben worden, ohne dass sich das Parlament je dazu hätte äussern können.

Sie sagen, die SVP habe nun lediglich eine Schlacht verloren. Tatsächlich ist es aber schon eine ganze Weile her, seit die SVP überhaupt eine Schlacht gewonnen hat. Sie starten als Verlierer in das kommende Wahljahr.

Das sehe ich nicht so. In der Vergangenheit hat sich schon oft gezeigt, dass der Ausgang einer Abstimmung nicht unmittelbar auf die Wahlen übertragen werden kann. Ich bin heute, was die Wahlen anbelangt, sogar zuversichtlicher als noch vor einem Jahr. Unsere Basis hat sich

enorm für ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative eingesetzt. Wir haben aktive, hochmotivierte Mitglieder.

Eine Initiative beschert den Initianten auch immer viel Aufmerksamkeit. Gerade die SVP nutzt das gerne für ihre eigenen Zwecke. War die Selbstbestimmungsinitiative reines Politmarketing? Nein. Es geht uns immer um die Sache. Natürlich schliesst ein Abstimmungskampf, wie wir ihn nun bei der Selbstbestimmungsinitiative gesehen haben, auch die Reihen in der Partei. Im Vordergrund stand aber, dass wir eine Diskussion über die direkte Demokratie lancieren wollten.

Interview: Kathrin Alder